

Beilage zur Weisseritz-Zeitung

Nr. 87

Montag, am 15. April 1929

95. Jahrgang

Chronik des Tages.

— Reichspräsident v. Hindenburg hat die Ernennung der drei neuen Reichsminister vollzogen.

— Reichsamtpräsident Dr. Schacht nahm in Paris den Zahlenplan der Sachverständigen der Gläubigermächte entgegen.

— Die Einigungsverhandlungen der Parteien im Ruhrkohlenbergbau sind gescheitert; am 22. April finden Schlichtungsverhandlungen statt.

— In Genf wurde am Montag die sechste Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission eröffnet.

— In Stettin wurde der Hotelier Wadermann von der Anklage des Sohnesmordes freigesprochen.

— In der Jannowitzer Affäre hat der Vertreter des verhafteten Graf Christian gegen den Haftbefehl Beschwerde eingelegt.

— Auf der Besse „Concordia“, Schacht IV, wurden 20 000 Mark Lohngehalder geräubt.

— In Bukarest streifen die Metzger.

— In Sillingfors hat ein Unteroffizier einen Ge-meinen ohne ersichtlichen Grund erschossen.

— England hat den Welt-Reformmann Segrave geabelt.

Die Abrüstungskomödie.

Am Montag trat in Genf die vorbereitende Abrüstungskommission nach einjähriger Pause zu einem neuen Tagungsabschnitt zusammen. Die von Graf Bernstorff geführte deutsche Delegation hat der Konferenz eine Denkschrift überreichen lassen, die die wichtigsten Anregungen enthält. Sehr wahrscheinlich wird die deutsche Delegation im Laufe der nächsten Tage einige grundsätzliche Fragen der Abrüstung aufrollen und vor allem die Einbeziehung der ausgebildeten Reserven in die Abrüstung fordern.

Auf der Tagesordnung der Konferenz stehen die zweite Besetzung des Entwurfs einer Abrüstungskonvention und die Beratung der russischen Abrüstungsvorschläge. Einen Erfolg wird man jedoch weder in der einen noch in der anderen Frage erzielen. Es fehlt in Genf an ernstem Willen zur Durchführung der Abrüstung! Man wird eine neue Komödie aufzuführen und dann „befriedigt“ nach Hause gehen. Hat es doch die französische Regierung noch nicht einmal für notwendig gehalten, für den vor vielen Monaten zurückgetretenen Abrüstungstechniker Paul-Henri Doumer einen neuen Hauptvertreter zu ernennen! Paris begnügt sich damit, den früheren Generalsekretär der Wertschätzungskonferenz Masigli mit der Wahrung der französischen Interessen zu beauftragen.

Die deutsche Delegation muß angesichts der ewigen Verschleppung der Abrüstungsarbeiten einmal einige deutliche Worte sprechen. Man verweise nicht auf die noch vorhandenen Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Begrenzung der Seeresistungen. Hinsichtlich der Landrüstungen sind alle Voraussetzungen für ihre Einschränkung gegeben. Und schließlich haben wir einen Rechtsanspruch auf die Bewirkung der Abrüstung, weil man uns vor zehn Jahren unter Brief und Siegel versichert hat, die deutsche Entwaffnung solle nur den Anfang der allgemeinen Abrüstung bilden.

In welchem Maße der jetzige Stand der Rüstungen für die ehemaligen Mittelmächte unter dem Erfordernis des Mindestmaßes ihrer Sicherheit liegt, für die ehemaligen Alliierten aber über den im Interesse ihrer Freiheit notwendigen Umfang hinausgeht, ergibt sich, wenn man die Heere und das Kriegsgüter der abgerüsteten und nichtabgerüsteten Staaten einander gegenüberstellt.

Deutschland, Österreich und Ungarn haben heute insgesamt 7225 Offiziere, 155 000 Mann und 431 leichte Geschütze. Das ist alles! Im übrigen haben sie weder schwere Geschütze, noch Kampfflugzeuge, noch ausgebildete Reserven. Die unmittelbaren Nachbarn Deutschlands — Frankreich, Belgien, die Tschechoslowakei und Polen — verfügen demgegenüber über ein stehendes Heer von rund 1,3 Millionen Mann, ausgebildete Reserven in Höhe von 10,5 Millionen Mann, 4400 leichte und 2600 schwere Geschütze, 2880 Tanks und 2900 Flugzeuge der ersten Linie.

Stellt man die deutschen und die französischen Streitkräfte gegenüber, dann ergibt sich folgendes Bild: Deutschland hat eine Reichswehr von 100 000 Mann mit 4000 Offizieren und 288 leichten Geschützen; ausgebildete Reserven, schwere Geschütze — abgesehen von Festungsgeschützen — Tanks und Kampfflugzeuge besitzt Deutschland überhaupt nicht. Frankreich hat ein stehendes Landheer von 730 000 Mann mit 32 000 Offizieren, ein Kolonialheer von einer Million Farbigen und ausgebildete Reserven in Stärke von 5 Millionen Mann. Zur Ausrüstung des Friedensheeres gehören 1350 leichte und 1500 schwere Geschütze, 2500 Tanks und 1900 Kampfflugzeuge.

Deutlich zeigen diese Ziffern, wie groß das Machtverhältnis zwischen den abgerüsteten und den nicht abgerüsteten Staaten ist. Sie zeigen aber auch, wie groß die Versuchungen für die wehrfähigen Staaten sind. Der allgemeine Frieden wird dadurch nicht gefördert. Ein Ausgleich der Rüstungen ist irgendwie notwendig. Es verlangt niemand, aber Nacht alles zu zerschlagen und den Stand der deutschen Abrüstung allgemein zu machen. Wohl aber müssen erste große Schritte in Richtung auf einen Ausgleich der Rüstungen getan werden!

Einen Vorwand für die abermalige Verschleppung der Abrüstung werden die Vertreter der nichtabgerüsteten Staaten sicher darin erblicken, daß in wenigen Wochen in England Neuwahlen stattfinden. Sie werden mit Unsicherheiten verfahren, man sei ja so

gerne bereit, wieder einige Schritte in der Abrüstungsfrage zu tun, aber man könne doch nicht gut die aus den Wahlen hervorgehende englische Regierung vor vollendete Tatsachen stellen.

Nun, fehlt es in Genf am Willen zur Abrüstung, dann muß unsere Delegation wenigstens den Abrüstungsgegnern die Waage vom Gesicht reißen. In der Abrüstungsfrage ist die Zeit für Entscheidungen reif, und die Lasten, die die Völker zu tragen haben, sollten den Regierungen endlich den Weg zu vernünftigen Maßnahmen finden lassen. Leider hat die französische Regierung gegenwärtig direkt entgegen-gesetzte Sorgen: sie ist bemüht, den Rüstungspanzer zu vervollständigen und die Arbeiten zum Ausbau der französischen Flotte zu beschleunigen!

Kabinettsbildung vollzogen.

Amtliche Mitteilung über die Ernennung der neuen Reichsminister.

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat Reichspräsident von Hindenburg nunmehr auf Vorschlag des Reichs-lanzlers den Reichsminister Koch-Weser auf seinen Antrag aus dem Amt des Reichsministers der Justiz entlassen und den Reichsminister a. D. von Guérard, R. v. K., zum Reichsminister der Justiz ernannt. Ferner hat der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichs-lanzlers den preussischen Ministerpräsidenten a. D. Dr. Stegerwald, R. v. K., zum Reichsverkehrsminister und den Reichsanzwiler a. D. Dr. Wirth zum Reichsminister für die besetzten Gebiete ernannt.

Als letzte Amtshandlung nahm Reichsjustizminister Koch-Weser die

„Einführung des Reichsgerichtspräsidenten, Dr. Bumke,

vor. In längerer Ansprache betonte der Minister, daß die Ernennung des neuen Reichsgerichtspräsidenten trage er die Verantwortung. Es sei für ihn eine hohe Ehre, Dr. Bumke in das Amt des Reichsgerichtspräsidenten einzuführen zu dürfen. Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke werde, davon seien alle überzeugt, ein deutscher, ein unabhängiger und ein gerechter Richter sein.

Zum Schluß betonte Minister Koch-Weser, die Wahl Dr. Bumkes sei frei von parteipolitischen Momenten erfolgt. Man habe einen Mann gesucht, der neben autoritativen Richterqualitäten Verständnis für die Bedürfnisse und Empfindungen einer mit äußeren Nöten und inneren Problemen schwer ringenden Zeit besitze, der frei sei von Dünkel und Vorurteilen. Unter einem gerechten Richter verstehe er, Dr. Koch, einen Richter, der alles dem Rechtsgedanken unterordne, zugleich aber einen Richter, der weder am Buchstaben des Gesetzes hafte, noch geneigt sei, dem Richterspruch souverän an die Stelle des Gesetzes zu setzen. Im Wege der Entwicklung Welt und Recht einander anzupassen, sei vor allem die Aufgabe des Richters. Des Richters höchste Ehre sei das Vertrauen des Volkes.

Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke dankte für das mit seiner Berufung zum Ausdruck gebrachte Vertrauen und legte die Grundzüge dar, die er bei seiner Tätigkeit im Reichsgericht befolgen will.

Reichsvermittlung in Streik.

Ministerialrat Hängschel nach Kabinett nach Mecklenburg-Strelitz geschickt.

Mit dem Rücktritt des Staatsministers v. Reibnitz besitzt Mecklenburg-Strelitz keine Regierung mehr, auch ist angeht die Haltung der Parteien im Landtag nicht abzusehen, wie eine neue Regierung gebildet werden kann. Die Reichsregierung hat darauf — wie es in einer amtlichen Mitteilung heißt — „wegen der Gefahr des Eintritts eines regierungslosen den Vorschlag der Reichsverfassung nicht entsprechenden Zustandes“, den Ministerialrat Dr. Hängschel nach Mecklenburg-Strelitz geschickt, „um zunächst im Wege vermittelnden Eingreifens eine Regierungsbildung zustandezubringen.“ Ministerialrat Dr. Hängschel hat bereits mit den Landtagsparteien Fühlung genommen. Am heutigen Montag tritt der Landtag in Mecklenburg-Strelitz zu einer neuen Sitzung zusammen.

Reparationsplan überreicht.

Noch keine Entscheidung über die Veröffentlichung.

— Owen Young mit den Ziffern nicht einverstanden. Die Sachverständigen der Gläubigermächte haben nunmehr der deutschen Delegation die in den Sonderberichtigungen fertigestellte Denkschrift überreicht. Es handelt sich bei der Denkschrift um einen Vorschlag der vier Hauptgläubigermächte an den Sachverständigenausschuß, jedoch nicht um einen einseitigen Vorschlag an die Deutschen. Auch ist die Denkschrift nicht in die Form eines Ultimatums eingeleitet.

An die Überreichung schloß sich eine Aussprache an, ob die Denkschrift veröffentlicht werden solle oder nicht. Wie verlautet, waren nicht nur die deutschen, sondern auch die französischen Sachverständigen dafür. Die Entscheidung über die Veröffentlichung wird erst im Laufe der nächsten Vollsitzung fallen, die auf den heutigen Montag angesetzt ist. Nicht ohne Bedeutung ist die Tatsache, daß der Vorsitzende der Versammlung, der amerikanische Sachverständige Owen Young, sich mit der alliierten Denkschrift nicht identifiziert hat und zu dessen Inhalt keinerlei Stellung nahm.

Allem Anschein nach sind die in der Denkschrift genannten Ziffern der deutschen Jahreszahlungen im Vergleich zu den Forderungen der Alliierten, die vor einer Woche durch ihre außerordentliche Höhe berechtigtes Aufsehen erregten, nicht wesentlich herabgesetzt worden, dürften sogar allem Anschein nach die An-

gaben der französischen Presse überschreiten. Es dürften daher erneut auf eine deutsche Abrechnung hoffen.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 15. April 1929.

Am 1. Juli finden im Saargebiet Neuwahlen zu den Gemeinderäten, Stadtverordnetenversammlungen und Kreisräten statt.

Der zuständige Ausschuß des Landtags hat die Strafverfolgung des nationalsozialistischen Abgeordneten Kaufmann-Eberfeld genehmigt.

Ein von der Wirtschaftspartei eingebrachter und vom Verkehrsamt des Landtags angenommener Antrag fordert größere Sauberkeit in den Eisenbahnwagen.

Reichspräsident v. Hindenburg hat an den Vorstand des neugegründeten „Vereins zur Errichtung evangelischer Krankenhäuser“ ein Anerkennendes Schreiben gerichtet und als äußeres Zeichen seiner Anteilnahme zugleich eine persönliche Spende dem Verein überwiesen.

Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten im Vatikan. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Hell traf in Begleitung des Geheimen Rates Freiherrn von Stengel in Rom ein, um dem Papst zur Feier seines Goldenen Priesterjubiläums seine Glückwünsche darzubringen.

Interpellation wegen des Freispruchs des Reichs-groß. Im Preussischen Landtag hat die Fraktion der Wirtschaftspartei eine große Anfrage wegen des Freispruchs des Reichs-groß eingebracht, in der behauptet wird, Landgerichtsdirektor Steger habe bei der Begründung des Urteils Worte gebraucht, die eine tiefe Verletzung des religiösen Empfindens darstellen. Die Regierung wird gefragt, wie sie das religiöse Empfinden großer Bevölkerungsteile vor Verletzungen zu schützen gedenke.

Deutscher evangelischer Gemeindegang in Dortmund. Unter dem Vorsitz von Generalinspektor D. Schian-Breslau trat in Dortmund der Deutsche evangelische Gemeindegang zusammen, nachdem Gemeindegottesdienste in allen Kirchen der Stadt sowie Kinder- und Jugendfeiern vorangegangen waren. Die Verhandlungen betrafen Grundfragen heutiger kirchlicher Gemeindegangarbeit.

Rundschau im Auslande.

Auf französischen Antrag wurde in Genf ein Schmelzer wegen angeblichen Spionagedienstes für Deutschland verhaftet.

Die englischen Gruben haben vom heutigen Montag ab die Kohlenpreise um zwei Schilling pro Tonne herabgesetzt.

Im Alter von 73 Jahren starb in Tokio der frühere japanische Minister Graf Goto.

Polens Marinechef in Frankreich.

Der Chef der polnischen „Kriegsmarine“ Swirecki ist in Frankreich eingetroffen, um dem Stauplan der drei für die polnische Flotte in Frankreich erbauten Schiffe beizuwohnen. Als erstes Schiff lief in Le Havre das Unterseeboot „Wil“ vom Stapel; die beiden anderen Schiffe folgen im Laufe der nächsten Tage.

33 südflawische Generale verabschiedet.

Durch eine aufsehenerregende Verordnung im südflawischen Militärverordnungsblatt sind 33 Generale verabschiedet worden. Unter den Pensionierten befindet sich auch der Generalstabchef Peter Gestic und der Konteradmiral Methobius Koch. An Stelle der in den Ruhestand versetzten Truppenführer werden jüngere Offiziere ernannt.

Kein Abrüstungsvorstoß Amerikas.

Auf Anfrage aus Pressekreisen erklärte der Präsident der Vereinigten Staaten, Hoover, er habe den Führer der amerikanischen Delegation für die vorbereitende Abrüstungskonferenz in Genf nicht zu Verhandlungen mit England oder anderen Seemächten über Seeresistungen beauftragt. Gibsons Instruktionen beschränkten sich vielmehr auf die rein technischen Einzelheiten, die auf dem Konferenzprogramm ständen.

Gandreich der mexikanischen Kavallerie.

Mexikanische Bundeskavallerie überrollte auf der Straße von Rogales eine Abteilung Aufständischer des Generals Escobar und lieferte ihr ein Gefecht. Die Rebellen verloren 22 Tote und etwa 100 Gefangene, die Bundes-truppen 8 Tote und einige Verwundete. — Der Rebellen general Francisco Manzo flüchtete auf amerikanisches Gebiet und ließ sich dort verhaften.

Maßlose Forderungen.

Der „Vorschlag“ der Alliierten. — 58 Jahreszahlungen — Die Jahresraten nur unwesentlich unter dem Zinseszinsplan.

Die Kriegsschadigungsdenkschrift der Sachverständigen Frankreichs, Englands, Italiens und Belgiens ist bekanntlich noch nicht zur Veröffentlichung freigegeben, trotzdem sind die Pariser Blätter auf drei-mal wieder in der Lage, ziemlich genaue Angaben über den Inhalt dieses Schriftstückes zu machen.

Daraus ergibt sich die unerhörte Tatsache, daß die von der französischen Presse in den letzten Tagen veröffentlichten Ziffern hinter den Forderungen der alliierten Sachverständigen noch zurückbleiben. Die Zahl der Jahresleistungen scheint danach in der Denkschrift auf 58 Jahre festgesetzt zu sein. Sie beginnen mit 1,8 Milliarden, steigen nach einigen Jahren auf 2,4 Milliarden Goldmark. In dieser Höhe sollen die Zahlungen 37 Jahre lang erfolgen. Für die letzten 21 Jahre sind Zahlungen von je 1700 Millionen vor-